

sozialdemokratischer Alleinregierung hat der Verteidigungsminister Apel auch noch die traditionellen Gelöbisse bei der Vereidigung der Rekruten aufgehoben, die unter seiner Oberaufsicht jahrelang eifrig gegen zehntausende Demonstranten mit Polizeiaufgebot geschützt wurden. Sein Nachfolger Wörner stellte sogleich die alten Verhältnisse wieder her und lobte seinen Vorgänger Apel, daß er geholfen habe, die »Vorurteile« in der Bevölkerung gegen die Bundeswehr abzubauen. Ehre, wem Ehre gebührt!

Das Ende der sozialliberalen Koalition war schon beim »Sommertheater« und bei anderen Gelegenheiten immer näher gerückt. Die Regierungskoalition brach zusammen, weil die Wähler den Regierungsparteien und der SPD bei den Wahlen in Hamburg, Berlin, Niedersachsen wegriefen. Die Vorhersagen für die Hessenwahlen gingen in dieselbe Richtung. Der soziale Abbau, der unter der sozialliberalen Regierung begonnen hatte, nahm Ausmaße an, die die Grundlagen der Regierung ins Wanken brachte. Das kam in erster Linie der CDU als »Oppositionspartei« zugute.

Wenn die Wahlergebnisse sich mit dem langgeübten Koalitionsschacher nicht mehr in Einklang bringen lassen, wird daraus »Unregierbarkeit« gemacht, obwohl — parlamentarische Mehrheit hin oder her — weiterregiert wird, ohne Rücksicht auf des »Volkes Wille«. Beispiel sind die Minister der FDP in der Regierung, obgleich dieser Partei Wähler und Mitglieder in Scharen weglaufen. Um des Volkes Willen in Einklang zu bringen mit dem Handel um die Ministerposten wird eben neu gewählt; es muß doch möglich sein, die Wahlergebnisse irgendwann so hinzukriegen, daß sie »passen«. So in Hamburg, bald in Hessen, und vielleicht wiederholt sich das in der Bundesrepublik, wenn es im März zu Wahlen kommen sollte. Verfassungsänderungen, Verfassungsklagen und andere Manipulationen sind im Gespräch. Die Frage, ob SPD oder CDU/CSU die absolute Mehrheit im Bonner Parlament erreichen können und was passiert, wenn es nicht eintritt, bereitet den Parteistrategen Sorge. Wie kann eine große Koalition gebildet werden, die nicht als solche vor den Wählern erscheint und nicht Brandts Ausspruch von der »Mehrheit links von der CDU« Lügen strafen könnte?

Der Zerfall der »Volksparteien«

Der Verfall der »Volksparteien« in der BRD hat die FDP als die kleinste Lobbypartei als erste erfaßt, die anderen werden ihr folgen. Wen vertritt die FDP, welche Wähler sammelten sich um diese Partei? Vor allem jene Schichten, die zwischen Arbeit und Kapital sich als ausgleichendes Element in der Gesellschaft dünken, über den Arbeitern und Angestellten in Fabriken und Kontoren standen und die Lebensbedingungen der oberen Zehntausend als ihr Ideal ansahen: Kleine Unternehmer und Krauter, die nach »Höherem« strebten, Ärzte, Rechtsanwälte, höhere Angestellte, Aufsteiger aus der Arbeiterklasse. Die wachsende Zahl der Wähler, die heute diese und morgen jene Partei wählen, die Parteimitglieder, die ein und austreten, je nachdem, ob es Vorteile oder Nachteile bringt oder sie sich solche erhoffen, und die von den großen Parteien als Beweis ihrer Anziehungskraft vorgezeigt werden, zeigen, welche unerfüllbaren Erwartungen die Wähler an sie stellen.

Die Gesellschaft gerät in wachsende Unruhe. Grüne und Grüne/Alternative sind Durchgangsstadien auf dem Wege zur politischen Scheidung der Gesellschaft nach Klassen.

Dabei kann nicht übersehen werden, daß nicht nur die SPD, sondern auch die CDU und andere reaktionäre Gruppen und Parteien auf die »grüne« Opposition Einfluß zu nehmen versuchen. Die Selbsthilfe-Ideologie mancher »Aussteiger« und gewisse Formen »Alternativen Lebens« (Bauernhof etc.) sind den Vorstellungen Blüms von Selbsthilfe, und daß der Staat nur für die »wirklich Bedürftigen« Leistungen erbringen kann, nicht wesensfremd. Ähnliches gilt von jenen vom Staat zugelassenen und jetzt auch stärker in Erscheinung tretenden Privatschulen, die sich als fortschrittlich geben und (gegen

»Demokraten«

Wie sehr die Jagd nach den Pfründen im Vordergrund steht, kann man aus dem Gerangel um den Innenministerposten ersehen. Die FDP forderte in den Koalitionsverhandlungen mit der CDU zunächst den Posten des Innenministeriums für den ehemaligen Innenminister Baum auch in der neuen Koalition. Da aber die CSU — aus »guten« Gründen — diesen Posten für sich beanspruchte, mußte Baum zurückstecken, obwohl er durchaus bereit war, an dem Koalitionswechsel mitzuwirken. Erst jetzt trat er in »Opposition«, versuchte sich links zu profilieren, um schließlich auch die »Linke« in der FDP wieder im Stich zu lassen und durch die Gunst Lambsdorffs den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden der FDP nach dem Auszug seiner linken Freunde entgegenzunehmen, mit der Aussicht, nach dem 6. März einen Ministerposten bekommen zu können. Vorausgesetzt, daß die FDP dann noch im Bundestag vertreten ist. Kann man in einem so kurzen Zeitraum schneller und öfters umfallen? Wenn es darum ging, liberale Ideale zu beerdigen, dann waren die meisten Liberalen in Deutschland schon immer als erste zur Stelle. Das war so zu Bismarcks Zeiten und bestätigte sich, als es galt, Hitler 1933 die »Ermächtigung« auszusprechen und sich »gleichzuschalten«, wobei der spätere 1. Bundespräsident der BRD, Heuß (FDP), dem »Ermächtigungsgesetz« zustimmte.

Schulgeld) eine bessere Ausbildung bieten können, als die für die Allgemeinheit zugänglichen Schulen, die gemäß der Schulpflicht ihre Schüler ja nicht aussuchen können und unter dem Abbau leiden. »Selbsthilfe« kann fortschrittlich oder reaktionär sein, je nachdem, welchen politischen Zielen sie dient. Sie kann der Ablenkung von den gesellschaftlichen Mißständen dienen, sie kann aber auch dem Kampf gegen diese Mißstände dienen.

Die als Regierungspartei am Ende ihres Lateins angelangte SPD erhielt zunächst wieder Zulauf von ihren Wählern, die über die Auswirkungen der Regierungspolitik schon enttäuscht waren. Schmidt meinte dazu, »daß es hier und da in der Partei Erleichterung gäbe, daß wir den größeren Teil der Verantwortung für das, was in Bonn geschieht, einstweilen losgeworden sind...« In die Zukunft schauend fügte er hinzu: »... ich will... meinerseits auch vor diesem Gefühl der 'Erleichterung'... dringend warnen.«

Der Grund für Schmidts Ablehnung, am 6. 3. wieder als Kanzlerkandidat seiner Partei sich zur Verfügung zu stellen, hat nicht nur gesundheitliche Gründe: Es wurde immer

Inhaltsverzeichnis

Die Unternehmer — die Gewerkschaften	1
Die DGB-Demonstrationen in vielen Städten	6
Nach den hessischen Landtagswahlen	7
Zur Diskussion über ...	
Hessen: Verhalten der Grünen nach den Wahlen	9
Kritische Anmerkungen zu obigem Artikel	12
Wahlzeit in Bayern	13
Arbeiterkorrespondenzen	
Frankfurt: Welchen Kurs steuert die IG Metall	14
Gespräch mit Kollegen von Rockwell — Frankfurt	15
Hamburg: Aktive Metalller (HDW) contra Bildzeitung ...	18
Gelsenkirchen: Aufkauf — Hoffnung für Küppersbusch? ..	19

Dieser Ausgabe liegt ein Solidaritäts-Aufruf des Komitees »Freiheit für Alexander Schubarth« bei.

Kolleginnen und Kollegen, die am Kontakt mit einer örtlichen Gruppe interessiert sind, bitten wir, sich an die Redaktionsadresse zu wenden.

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
F. Lötze · Herstellung und Vertrieb: GFSA - Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Arbeiterbewegung e.V., Postfach 15 02 47, 2800 Bremen 15
Postcheck Hamburg 4100 77-205, BLZ 200 100 20

schwieriger in der Regierung, die Unterschiede zu dem Koalitionspartner FDP, zu den Abgeordneten der eigenen Partei, die ja schließlich von den Mitgliedern zu Hause manches zu hören bekamen, und den Gewerkschaften unter einen Hut zu bringen mit dem, was die Regierung zur Aufrechterhaltung der politischen Ordnung tun mußte. Aber wenn »Not« ist, so meinte Schmidt, dann werde er sich wieder zur Verfügung stellen. Um das Vaterland zu retten?

Es ist durchaus möglich und wahrscheinlich, daß die Regierung der »Mitte« nur ein Übergang ist, aber ob die SPD in der Opposition politisches Kapital aus der Abnutzung dieser Regierung schlagen können, ist mehr als fraglich, schon deshalb, weil die Gewerkschaftsführung dann kaum besser dastehen wird in ihrem Verhältnis zu den Mitgliedern als heute. So wenig wie die Kohl-Regierung die Verhältnisse wiederherstellen kann, die in den 50er und 60er Jahren herrschten, so wenig könnten Sozialdemokraten die Verhältnisse wiederherstellen, die bei ihrem Regierungsende herrschten.

Wie es wirklich um die SPD bestellt ist, zeigt die Liquidierung des »Vorwärts«, des mehr als hundert Jahre alten politischen Aushängeschildes der deutschen Sozialdemokratie (den weder die Übergabe der Abonntenen der »Neuen«, West-Berlin, noch der Eintritt der Liberalen um Verheugen retten kann).

Die Axt ist schon im Haus

Es ist eine alte kleinbürgerlich-sozialdemokratische Illusion, daß es möglich sei, die besonders in der Krise hervortretende Aggressivität der herrschenden Klasse gegen Arbeiter und Angestellte besänftigen zu können. Sie flehen die Unternehmer an, den »Klassenkampf von oben« doch sein zu lassen, weil das den Klassenkampf von unten fördern würde. Nichts ist ihnen verabscheuungswürdiger als die »Rückkehr« zum Klassenbewußtsein, d. h. das Ende der Klassenharmonie. Aber die herrschende Klasse weiß, was sie tut und warum sie auf Grund der Krise so handelt, wie sie handelt. Das ist ihr Vorsprung vor der Arbeiterklasse, so wie sie jetzt ist: Sie will nicht untergehen. Lohnkürzungen, Sozialabbau, Massenentlassungen dienen dazu, die Konkurrenzfähigkeit und Überlegenheit beim Kampf um den Marktanteil auf dem Weltmarkt herzustellen oder in der Krise wenigstens zu sichern. Wo dies mit ökonomischen Mitteln — dabei eingeschlossen die des Staates — in der Form von Subventionen der verschiedensten Art (z. B. jetzt 700 Millionen an ARBED) nicht mehr reicht, tritt die Gewalt des Staates zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Aktion. Wir erleben es heute in Mittel- und Südamerika, im Nahen Osten und Afrika und in Belgien. Das »demokratische« Amerika und England verbinden sich mit den reaktionärsten Schichten und Klassen, den rücksichtslosesten Gegnern jeder Demokratie, um die eigene Herrschaft durch ökonomische Macht aufrechtzuerhalten.

Auch in der BRD sind die dafür notwendigen Organe mit aktiver Unterstützung der SPD und Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch 1945 wieder aufgebaut worden, als sogenannte Ablösung der Besatzungsherrschaft. Daß sie heute von Leuten wie Zimmermann und Wörner kontrolliert werden, ist nur eine Bestätigung der schon in der Weimarer Republik gemachten Erfahrung mit der sozialdemokratischen Politik als Wegbereiterin.

Zimmermann hat bei einem Besuch im BKA (laut »Welt« vom 24. 11.) über terroristische Gruppen wie die »Revolutionären Zellen« sich wie folgt geäußert: »Mit ihren heimtückischen Anschlägen versuchen sie aus aktuellen politischen Themen Kapital zu schlagen, wie etwa der friedlichen Nutzung der Kernkraft, unserer Mitgliedschaft in der NATO oder dem Ausbau der Startbahn West in Frankfurt.« Und dann: »Die Grenzen zwischen Terrorismus und Extremismus sind fließend geworden.«

Was in der Gedankenwelt Zimmermanns als Extremismus (zum Unterschied vom Terrorismus) anzusehen ist, darüber dürfte es kaum Zweifel geben. Die Vorarbeit (Extremistenerlasse, Notstandsrecht, Datenerfassung etc), die »liberale« und sozialdemokratische Minister in ihrer Regierungszeit geleistet haben, trägt ihre »Früchte«, 1933 und in den Jahren danach benutzten die Gestapo und die Nazijustiz die in der Weimarer Republik von sozialdemokratischen und demokratischen Ministern und Polizeipräsidenten angelegten Akten und »Sündenkarteen« für ihre politischen

Zwecke. So konnte z. B. 1936 aus politischen Gründen verhafteten Gegnern aus unter sozialdemokratischen Polizeipräsidenten angelegten Karteien vorgehalten werden, sie hätten 1928 bei Kundgebungen des deutschnationalen »Stahlhelm« unter freiem Himmel über diesen Gespensteraufzug gelacht und bei ihrer Festnahme ein Fahrtenmesser bei sich gehabt. Genauso werden die Daten, die unter (frei- oder sozial-) »demokratischen« Regierungen im BKA und anderswo gesammelt wurden, von ihren Nachfolgern mit weniger Hemmungen verwendet werden.

Polizei und Justiz werden weiter ausgebaut werden und jene »rechtsstaatliche« Gesetzgebung erweitert werden, die dafür sorgt, daß Streikrecht und Bewegungsfreiheit der Arbeiter eingeschränkt wird. Die den heutigen Zeiten angepaßte Form des Sozialistengesetzes sind z. B. Verordnungen, die Warnstreiks pro Betrieb auf eine halbe Stunde beschränken und dies mit der Auflage, daß sie nicht wiederholt werden dürfen. Oder die mit Hilfe des Paragraphen 99 des Strafgesetzbuches jeden nicht in das erlaubte politische Schema passenden Arbeiter ganz »rechtsstaatlich« reglementieren können.

Der Siegeszug der neuen Technologie, die in der ganzen bisherigen Geschichte der Menschheit noch nie dagewesene Produktivkräfte entfesselt, läutet auch eine noch nicht erlebte Krise des Kapitalismus ein. Die »liberale« Periode geht in der BRD zu Ende, der »soziale Konsens«, wie es die Liberalen nennen, geht zum Teufel, und gegen die aufbegehrenden und aufsässigen Opfer der kapitalistischen Profitwirtschaft wird bereits eine neue Form der Herrschaft vorbereitet.

Die Gewerkschaften und die neue Regierung

Ohne die gewerkschaftliche Zustimmung zur Regierungspolitik — und diese wurde immer prekärer für die Gewerkschaftsführung — hing die SPD und die Regierung mit ihr in der Luft. Wenn sie die im Unternehmerinteresse notwendigen Maßnahmen den Arbeitern und Angestellten nicht mehr schmackhaft machen konnte, war sie überflüssig geworden. Die neue Regierung der »Mitte« wird vor denselben Problemen stehen wie die alte. Sie können vielleicht versuchen, die Lösung noch eine Weile vor sich herzuschieben oder aber den Abbau verstärkt fortzusetzen und zu verwirklichen, was die alte Regierung nicht mehr konnte. SPD-Minister haben ja nach dem Regierungswechsel geäußert, daß das, was die FDP mit der CDU vereinbart hätte, sie auch von ihnen hätte haben können. Von ihnen als Minister, die ihre Posten halten wollten, gewiß — aber wie wollten sie es den Wählern beibringen?

Die Gewerkschaften stehen auch mit der neuen Regierung in einem partnerschaftlichen Verhältnis — aber mit dem Unterschied, daß diese ein anderes Verhältnis zu den Gewerkschaften und zur organisierten Arbeiterschaft hat, als es die SPD haben mußte. War es der SPD angesichts der wachsenden Schwierigkeiten unmöglich geworden, die Gewerkschaften länger in den Sozialabbau einzubeziehen, so darf jetzt die schon lange in Wartestellung stehende CDU sich an diese Aufgabe machen und damit ihren Anspruch auf die Staatspründe anmelden.

Die jetzige Regierung braucht die Partnerschaft mit den Gewerkschaften auch noch — und die DGB-Führung hat ja schon vor längerer Zeit ihre Bereitschaft erklärt —, aber ihr Verhältnis ist ein anderes zu den Gewerkschaften. Die SPD war daran interessiert, daß die Gewerkschaftsführungen Einfluß und Kontrolle über die Mitgliedschaft nicht verlieren, um die eigene Wählerbasis nicht zu verlieren. Dadurch war das eingeschränkt, was sie den Gewerkschaften zumuten konnten. Die neue Regierung kann den »christlich-sozialen« Flügel der Einheitsgewerkschaft benutzen, um die Gewerkschaftsführung gefügig zu machen. (Auf die christlich-soziale Richtung als eine der 2 Grundlagen der »Einheitsgewerkschaft« hatte auch Vetter besonders verwiesen).

Wie die Antwort der SPD in der »Opposition« aussehen wird, wie sie den »Widerstand« sieht, erkennt man aus der Äußerung Roths, einer der Jungparlamentarier der SPD und ehemaliger Juso: »Ich glaube, wenn man die Gewerkschaften einbeziehen will in diesen Willenbildungsprozeß zur Begrenzung der Sozialausgaben, dann findet man auch tragfähige Lösungen.«

Die Regierung der »Mitte« wird die Gewerkschaften auf den Prüfstand stellen, inwieweit ihre Worte ernst zu nehmen sind. Das ist der Zweck des Blümschen Vorpreschens. Der 2. Vor-

Leistungsdaten der deutschen Handelsflotte

Jahr	Anzahl der Besatzungsmittglieder	Tonnage in 1000 BRT	Beför-derte Tonnen (t) in Mio.	Fracht-ein-nahmen in Mio. DM	BRT je Besat-zungsmit-glied	Beför-derte Tonnen je Besat-zungsmit-glied	Fracht-einnahmen je Besat-zungsmit-glied in DM
1970	56361	8441	125,7	4833	14976	2230	85752
1975	38182	8689	95,0	6738	22756	2488	176470
1980	31103	7608	88,0	8125	24461	2829	261228

Quelle: Bundesminister für Verkehr (BMV), Verkehr in Zahlen, 1981 und Seeschiffahrtsbestandsstatistik; Seeverbände, Seeverkehrsberichterstattung, Verwaltungsberichte.

Die Leistungen je Besatzungsmitglied, gemessen an der Tonnage, den Frachteinahmen und den beförderten Tonnen im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, sind beträchtlich gestiegen. Allein von 1970 bis 1980 stieg die Zahl der BRT je Besatzungsmitglied von 149,76 auf 244,61 BRT, was eine Steigerung um 63 Prozent ausmacht. Im gleichen Zeitraum konnten die Reedereien die Frachteinahmen je Besatzungsmitglied von 85752 DM auf 261228 DM verdreifachen, oder anders ausgedrückt, um ca. 200 Prozent erhöhen. Auch die Zahl der beförderten Tonnen pro Besatzungsmitglied liegt 1980 deutlich über der von 1970: von damals 2230 t stieg sie um 27 Prozent auf 2829 t.

Schiffahrtspolitisches Programm der ÖTV

sitzende des DGB, Fehrenbach (CDU), hat bereits deutlich gesagt, daß sie in Blüm einen Partner sehen, der ihnen als Gewerkschafter Vertrauen entgegenbringt und dem sie vertrauen.

Auch die »soziale Marktwirtschaft« war Kapitalismus

Der DGB hat in seinem Aufruf zu Demonstrationen gegen den Sozialabbau die Regierung angeklagt, sie verließ *»die Geschäftsgrundlage der sozialen Marktwirtschaft. Mit den Gewerkschaften ist das nicht zu machen.«* — Soziale Marktwirtschaft ist zunächst in erster Linie Marktwirtschaft, d.h. unter kapitalistischen Bedingungen kapitalistische Wirtschaft. Das auch gegenüber anderen kapitalistischen Ländern besondere soziale Merkmal ergab sich aus der Möglichkeit, auf dem Weltmarkt (nach dem Ende des 2. Weltkrieges) einen relativ großen Anteil zu erringen. Der Export der Waren aus der BRD (wie der der anderen kapitalistischen Länder) ist jetzt ins Stocken geraten. Die unvereinbar gewordenen Widersprüche stoßen aufeinander: Unvereinbar mit der Verteidigung der kapitalistischen Marktwirtschaft in der Wirtschaftskrise, wenn es keine Ausdehnung der Produktion gibt, ist die Forderung nach Stärkung der Massenkaufkraft, um *»mehr Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen zu erzeugen«*.

Steigerung der Massenkaufkraft ist unter kapitalistischen Verhältnissen und in der Krise (d.h. solange die »soziale Marktwirtschaft« existiert) nur möglich, wenn die Arbeiterklasse (und das heißt im besonderen die Gewerkschaften) ohne Rücksicht auf Profitinteressen und Gewinnstreben den Kampf führen. Das ist gleichbedeutend damit, daß die Arbeiterklasse den Kampf um die Bestimmung der Produktion aufnimmt, darum, ob die Produktion sich nach den Profitinteressen der herrschenden Klasse oder den Bedürfnissen der Massen richten soll.

Was die »Gerechtigkeit« bei der Verteilung der Lasten betrifft, meinte der frühere Bundeskanzler Schmidt, daß die Zahl der Hochverdienenden »nur ein paar wenige Hunderttausende« sind, *»daß die schwachen Schultern jeder einen kleinen Beitrag tragen müssen, aber insgesamt bringt das viel Geld. Und die starken Schultern müssen einen großen Beitrag tragen, was insgesamt natürlich nicht so viel Geld bringt.«*

Abgesehen, daß die »starken Schultern« alle Möglichkeiten zur Verfügung haben, ihre »Lasten« nach unten abzuwälzen, ändert diese Forderung etwas an der Tatsache, daß bei Massenentlassungen und Stilllegungen von Betrieben der Profit entscheidet, ändert sie etwas an der Tatsache des Kapitalexports in Billiglohnländer und der Kapitalflucht von Unternehmern, die ihrerseits aussteigen?

Jeder kleine Unternehmer rechnet heute seinen Arbeitern vor, daß, wenn sie nicht mehr leisten (und die Lohnkosten ge-

Das Gespenst von 1930

Die Angst vor einem Sturz in die Depression wächst

Mit der Sorge, daß aus der Krise eine »Große Krise« entstehen und daß der weltweiten wirtschaftlichen Rezession eine internationale Depression folgen könnte, wie sie schon einmal, zu Beginn der dreißiger Jahre, Deutschland und die Welt ins Unglück gestürzt hat — mit dieser Sorge steht Helmut Schmidt unter den Politikern und Ökonomen der Welt keineswegs allein. Keiner aber hat diese Sorge deutlicher formuliert und womöglich schärfer überspitzt als er.

»In tiefer Sorge«, so Schmidt vor einigen Tagen in einem Gespräch mit der *New York Times*, halte er »dramatische Entwicklungen« für möglich — vielleicht gar schon in diesem Winter, wenn die führenden Industriestaaten die Kontrolle über die Arbeitslosigkeit verlieren und wenn dann noch eine Krise des internationalen Bankensystems hinzukomme.

Diese Formulierung mag dramatischer sein als die wirtschaftliche Lage, auf die sie sich bezieht. Verneinbar sind, trotz der Steigerung der Arbeitslosenzahl in den westlichen Industrieländern binnen eines einzigen Jahres um acht auf dreißig Millionen und trotz einer internationalen Verschuldung von mittlerweile fünf Billionen Mark, sowohl eine gänzlich unkontrollierbare Zunahme der Arbeitslosigkeit als auch gar eine Verschärfung der Krise auf den internationalen Finanzmärkten.

Doch die Sorge, daß es schlimmer kommen könnte, breitet sich aus. Auch die sachverständigen »Fünf Weisen«, die am Dienstag in Bonn ihr neues Jahresgutachten über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung veröffentlicht haben, sprechen darin von der Gefahr, daß die Weltwirtschaft ... in einen kumulativen Abschwungprozess gerät — gemeint ist damit, daß sich einzelne negative Kräfte gegenseitig verstärken.

Ein solcher Prozess der sich gegenseitig verschärfenden Gefahren, Einbrüche und Zusammenbrüche könnte die Welt, Ost wie West, Industrieländer wie Entwicklungsländer, rasch in eine Katastrophe treiben. Weltweit wäre ein solcher Prozess ganz zwangsläufig, weil Defizite und Schulden alle Länder in einen festen Gefahrenzusammenhang gebracht haben; weil Zusammenbrüche großer Unternehmen oder Banken national kaum mehr abgefedert werden könnten; weil die Konjunktur in fast allen Ländern gleichermaßen unerfreulich verläuft; weil Konsumanstieg und Investitionsstau, typische Kinder der Depression, längst schon keine Grenzen mehr kennen; und weil auch fast weltweit eine harte und mit vielen Opfern verbundene Geldpolitik der Notenbanken betrieben wird.

Aus: Die Welt

ringer werden), der Betrieb nicht mehr konkurrenzfähig sei¹. Es ist nicht zu übersehen, daß auch die kleinen und mittleren Unternehmen Opfer dieses Konkurrenz-Kampfes werden, und nur die größten und finanzkräftigsten Unternehmen sich behaupten können, indem sie andere vom Markt verdrängen — national wie international.

Gerade die Führung des DGB trat stets für eine Leistungssteigerung und gute Leistungen ein. Der entscheidende Teil der deutschen Industrie kann heute gar nicht auf den Export verzichten und der Binnenmarkt kann den Export nicht ersetzen. Die Konkurrenzlage der deutschen Wirtschaft war die Voraussetzung dafür, daß in der Wachstumsperiode für die Arbeiter einige Brosamen von den Riesengewinnen der Unternehmer abfielen. Die Gewerkschaften haben immer mit besonderem Stolz darauf hingewiesen, daß in der BRD am wenigsten von allen west-europäischen kapitalistischen Ländern gestreikt worden sei. Auch das hat den deutschen Unternehmern einen Vorsprung vor den englischen, französischen und italienischen eingebracht.

Wir erinnern uns noch, daß vor nicht allzulanger Zeit Vetter, damals Vorsitzender des DGB, in der »Welt« verkündete: *»Wir müssen sehen, wo sind wir in die Weltkonkurrenz eingebunden, was müssen wir haben, um zu überstehen, gute, saubere, termingerechte Arbeit. Und dann müssen wir auch noch preismäßig richtig liegen, damit wir auf der anderen Seite die Sachen zurückkriegen, die wir brauchen. Wir müssen auch über die Hilfe an die dritte Welt sprechen und auch hier — das habe ich den Arbeitgebern gesagt — den Grundkonsens beweisen.«*

Die deutschen Unternehmer machen sich nicht erst seit jetzt diese »Grundsätze« Veters zu eigen. Nur wird es jetzt offenbar, daß die Arbeiter sich mit diesen »Empfehlungen« ihres einstigen DGB-Vorsitzenden das eigene Grab schaufeln.

Noch ist in den Gewerkschaften und den Arbeiterorganisationen jene Ideologie der Aufstiegsperiode nach dem

¹ Die von den Unternehmensvertretern geforderte »Leistungssteigerung« dient dazu, unter den Arbeitern und Angestellten diejenigen herauszufinden (»Testen«), die für die entwickelte Produktion am geeignetsten sind, und diejenigen durch das »Sieb« fallen zu lassen, die Unternehmensansprüchen nicht »gerecht« werden. Das wird den Prozeß der Senkung des Lebensstandards für diejenigen beschleunigen, die meinen, daß der Kelch der Arbeitslosigkeit an ihnen vorübergehen werde. Sie werden das in den wachsenden Beiträgen zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung spüren. Kurzarbeit und Massenentlassungen greifen jetzt auch auf jene Industriebetriebe über, die bislang als die Stützen der Konjunktur galten: Automobilindustrie, Luftfahrtindustrie und deren Zulieferer.

2. Weltkrieg im Umlauf, die von der Klassenscheidung in der Gesellschaft nichts mehr wissen wollte, weil sie von dem vorhandenen »Wohlstand« verdeckt wurde. Aber die rücksichtslose Wirklichkeit des kapitalistischen Niedergangs wird die Vorstellungen der Retter des Kapitalismus bald vergessen machen. Auch dann, wenn sie sich links gebärden oder gebärdeten, um Karriere zu machen und mehr zur Verwirrung der Arbeiter beizutragen als die »Rechten«. Der frühere linke Juso-Mann Roth meint: *»Wir haben Steuerinseln irrster Art. Wenn man nur an das viele Geld für die sogenannten ‚Bauherrenmodelle‘ denkt, die wirklich eine Kapitalfehllenkung darstellen; wenn man sie abschaffen würde, könnte man das Geld für eine an vernünftigen Investitionsfeldern orientierte Investitionsförderung — etwa schnellere Einführung der Mikroelektronik in den Sektoren, wo man nur wettbewerbsfähig bleibt, wenn man sie anwendet — siehe Maschinenbauindustrie — ausgeben, ohne daß die Regelsätze bei der Sozialhilfe geplündert werden oder daß man vom Bedarfsdeckungsprinzip abgeht.«* Das möge er doch mal versuchen, vor den Beschäftigten, die mit der neuen Technologie zu tun haben oder denen, die durch sie aus dem Produktionsprozeß ausgestoßen wurden, zu vertreten.

Mitgefangen — Mitgehangen

Wir erleben jetzt als Auftakt zu den Wahlkämpfen viele verbale Kraftakte vor allem vor den Arbeitern und Angestellten, die nur dazu dienen, Stimmen zu gewinnen (Jede Stimme bringt 3.50 DM).

Unter großem Beifall der Delegierten der IG-BSE hat Schmidt als eine entscheidende Ursache der Krise — besonders auf dem Baumarkt — die hohen Zinsen der Bundesbank ausgemacht. Das ist eine neue Nuance des alten Rezeptes, »Arzt am Krankenbett« des Kapitalismus sein zu wollen. Er hat selbst zu Regierungszeiten diese Medizin schon ergebnislos angewandt. Er hat nämlich die Erträge der Bundesbank aus den hohen Zinsen benutzt, um dem Haushalt 12 Milliarden zur Deckung der Finanzlücke zuzuführen. Eine Zinssenkung kommt in allererster Linie denen zugute, die heute noch Kredit aufnehmen können. Auf dem Wohnungsbauarkt werden heute Eigentumswohnungen in großer Zahl angeboten, weil deren Inhaber die laufenden Kosten nicht mehr aufbringen können. Die wirtschaftliche Lage hat dafür gesorgt, daß die Aufstiegsmöglichkeiten vom Arbeiter zum »Arbeiterbürger«, die in den Eigentumswohnungen ihren sichtbaren Ausdruck fanden, zu Ende gehen. Weniger Überstunden, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit, realer Lohnabbau sorgen dafür. Die Arbeiter, die vielleicht noch hoffen, daß der Kelch an ihnen vorübergehen möge, werden auch bald merken, daß sie für die wachsenden Ausgaben bei der Arbeitslosenversicherung bleichen müssen. So kommen eine Senkung der Zinsen und günstigere Kreditmöglichkeiten heute in erster Linie den Kapitalkräftigen zugute und geben der Überproduktion neuen Auftrieb. Die Wirkung kann keine andere sein als die der Milliardensubventionen der Regierung an die Unternehmer, mit der Aufforderung zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

Schmidt hat den Delegierten den Rat gegeben, sich in der Umgebung von Frankfurt und im Ausland umzusehen, wer dort in Villen wohnt. Umsehen, zu welchem Zweck? Eine Organisation wie der DGB, der durch Grundstücksspekulationen an der Spitze der »Neuen Heimat« bei den Mitgliedern so gründlich diskreditiert ist, kann kaum gegen eine ganz normale Erscheinungsform der kapitalistischen Gesellschaft den Kampf aufnehmen, wenn sie selbst bis über den Hals in dem Sumpf verstrickt ist. Der Gewerkschaftsvorsitzende A. Schmidt, ein politischer Freund des ehemaligen Bundeskanzlers, meinte denn auch: *»Wir bekommen heute für unser sehr frühes Drängen nach Korrekturen in der Unternehmenspolitik weder Rabatt noch eine Prämie. Wir sind mitgefangen und werden mitgehangen.«*

Wenn aber dennoch eine solche Auffassung vom ehemaligen Bundeskanzler vertreten wird, dann bleibt sie nur scheinradikale Ablenkung von den Klassengegensätzen, wenn das »Umsehen« beschränkt bleibt auf die Villenbesitzer in der Umgebung des Taunus. Die wirkliche Ursache der Mißstände sind nicht die Villen und nicht die Luxusartikelindustrie (die bringen nämlich wenigstens noch Arbeitsplätze im Kapitalis-

mus), sondern die beherrschende Bedeutung und Rolle des Unternehmer- und Finanzkapitals in der Gesellschaft.

Das radikale Getue und die antikapitalistischen Phrasen wirken verwirrend auf die Arbeiter. Sie sollen die eigene Ohnmacht und Tatenlosigkeit gegenüber der herrschenden Klasse verdecken. Floskeln wie »Solidarität« und »Solidargemeinschaft« dienen Leuten wie Blüm dazu, die Arbeiter zur Kasse zu bitten. »Gesamtgesellschaftliches Bewußtsein« zerlegt den christlich-sozialen Gewerkschaftsführern ebenso auf der Zunge wie das »Gemeinwohl« der SPD und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern. Dazu bringen sie noch solche Banalitäten unter das Volk: *»Es ist in jeder Sozialperiode so, daß man nur verteilen kann, was man produziert hat.«* — Preisfrage: Ist das von einem christlich-sozialen oder sozialdemokratischen Politiker gesagt? Die Frage, die sie nicht beantworten können, ist die: Wer hindert uns, das zu verteilen, was wir produziert haben und produzieren können?

Was ist zu tun?

Die veränderten Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten zersetzen die bisherigen Träume vom bescheidenen Wohlstand, Aufstiegschancen, Eigenheim, Auto und Ruhe am häuslichen Herd. Da sich die alten Verhältnisse auflösen, tritt Angst vor der Zukunft an die Stelle und die Suche nach Sicherheit, nach denen, die helfen können. Solange es noch geht, nimmt man Einschränkungen hin, bis man feststellt, daß auch das keine Lösung bringt. Die Angst um den Arbeitsplatz stärkt zunächst die Bereitschaft zu kleineren und größeren Zugeständnissen gegenüber den Unternehmerforderungen, oft auf Kosten der anderen Kollegen. Hoffnungen, daß Parteien, insbesondere die SPD, helfen könnten, sind für viele der letzte Strohalm.

Vor allem aber setzt man auf die Gewerkschaften. Es sind die natürlichen Werkzeuge der Arbeiter und Angestellten zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen, wenn ... sie dazu fähig wären. Dieses Kartenhaus der Hoffnungen wackelt bereits. Die Gewerkschaftsspitzen können, solange sie an dieser Gesellschaftsordnung festhalten, keine Orientierung geben. Das führt zu Hilflosigkeit, Verwirrung in den Köpfen, solange wie nicht diejenigen im Betrieb, in den Einzelgewerkschaften und in den Orten die Initiative ergreifen, die die gefährliche Entwicklung erkennen und bereit sind, in den Gewerkschaften eine Kraft zu schaffen gegen deren Verfall. Das sind wenige genug zur Zeit! Das gewerkschaftliche Leben ist auf ein sehr geringes Maß verkümmert und besteht meist nur noch in Formalen und Abstimmungen.

Kleine Schritte in der Abwehr der Unternehmerangriffe sind jetzt tausendmal wichtiger als viele Entschließungen und radikale Phrasen, die nur Luft bleiben. Forderungen der Gewerkschaften nach Verkürzung der Arbeitszeit werden nur in dem Maße dem Profitstreben der Unternehmer entgegenwirken, wie die Voraussetzungen geschaffen werden können, Überstunden und Leistungssteigerungen einzuschränken und ganz zu verhindern, solange Arbeitslosigkeit und Betriebsstilllegungen sich ausbreiten. Arbeitszeitverkürzung ist erst dann ein Fortschritt, wenn sie **unter der Kontrolle** der Kollegenschaft vorgenommen wird und nicht auf deren Kosten. Arbeitszeitverkürzung unter Kontrolle der Unternehmer heißt nämlich ähnlich wie Kurzarbeit: mehr Leistung in weniger Arbeitszeit herauszupressen.

Wir müssen deswegen alles tun, Initiativen und praktische Schritte gegen Abbau und Arbeitsplatzvernichtung zu unterstützen. Dazu gehört, daß Betriebsräte und Vertrauensleute sich verständigen, die bereit sind, auch ohne Anweisung von oben initiativ zu werden und die Gewerkschaftsorganisation auf Trab zu bringen. Sie sind das Bindeglied zur Masse der Kollegen, die noch abseits stehen, und sie sind es, die durch ihre Aktivität in den Gewerkschaften die Organisation dazu bringen können, die entstehende Bewegung und Aktivitäten zu decken. Wir müssen als Gewerkschafter auf diejenigen zugehen, die sich auf **ihren** Gebieten beginnen zur Wehr zu setzen: Arbeitsloseninitiativen, Elternräte, Friedensgruppen. Das ist ein Anfang, mehr noch nicht. Damit wird aber der Grund gelegt für den Aufschwung der Arbeiterbewegung, die aus der Abwehr neu entsteht und allein den Abstieg aufhalten kann.

